

ROUNDUP

06.07.2010, 16:12

Zustimmung und Kritik zum Solar-Kompromiss

Der zwischen Bund und Ländern ausgehandelte Kompromiss zur Kürzung der staatlichen Hilfe für die Solarindustrie ist in Sachsen-Anhalt auf Zustimmung und Kritik gestoßen. Nach Ansicht von Wirtschaftsminister Reiner Haseloff (CDU) ist eine Anpassung mit Augenmaß gelungen. "Ich gehe davon aus, dass die Branche damit leben kann, zumal die Auftragslage in der Solarbranche besser ist als erwartet", erklärte er am Dienstag in Magdeburg.

Die im Vermittlungsausschuss von Bund und Ländern erzielte Einigung sieht ein Zwei-Stufen-Modell vor. Zunächst soll die Senkung der Förderung rückwirkend zum 1. Juli mit 13 Prozent um 3 Prozent geringer ausfallen als ursprünglich vom Bundestag beschlossen. In einer zweiten Stufe sollen sich die staatlichen Zuschüsse für Strom aus Anlagen, die erst nach dem 30. September 2010 in Betrieb genommen werden, zusätzlich um jeweils 3 Prozent verkürzen.

Als einen vernünftigen Mittelweg sieht die börsennotierte Solarfirma Q-Cells in Bitterfeld-Wolfen den Kompromissvorschlag. Das Unternehmen hofft, dass die Rahmenbedingungen wieder verlässlich werden. Dies sei zum Beispiel für Investitionen in der Solarindustrie wichtig, sagte ein Sprecher von Q-Cells in Bitterfeld-Wolfen. Das Unternehmen mit rund 2000 Beschäftigten dort und rund 500 weiteren in Malaysia fertigt Solarzellen und vermarktet Solarmodule, mit deren Hilfe aus der Kraft der Sonne Energie erzeugt wird.

Ähnlich fiel die Reaktion im benachbarten Solarunternehmen Sovello AG aus, wo rund 1200 Menschen arbeiten. Die zusätzlich zu der bereits am Jahresanfang eingetretenen Kürzung der Solarförderung sei eine Herausforderung, die Kosten weiter zu senken, sagte ein Unternehmenssprecher.

Positiv wertete Wirtschaftsminister Haseloff die vom Bund zugesagte Förderung der Solarforschung in Höhe von 100 Millionen Euro. Forschung und Entwicklung seien entscheidend für die künftige Position der Firmen auf dem Weltmarkt und damit für deren Wettbewerbsfähigkeit und die Sicherheit der Arbeitsplätze, teilte Haseloff weiter mit. Die FDP bezeichnete den Kompromiss als fair.

Hingegen sehen ihn die Grünen als eine "Kampfansage von CDU und FDP an die Solararbeitsplätze vor allem in Ostdeutschland". Landeschefin Claudia Dalbert forderte eine transparente und planbare Solarförderung. Nach Ansicht des Energieexperten der SPD in Sachsen-Anhalt, Marko Mühlstein, wurden die Länder über den Tisch gezogen. "Die Bundesregierung hat bis auf ein wenig Kosmetik ihre Streichliste durchgesetzt." Sie nehme damit den Verlust von tausenden Arbeitsplätzen in der Solarbranche vor allem im Osten billigend in Kauf. Die Linksfraktion forderte die Landesregierung auf, dem Vorschlag des Vermittlungsausschusses im Bundesrat zu widersprechen.

In Sachsen-Anhalt hat die Solarbranche mit mehreren Firmen im "Solar Valley" in Bitterfeld-Wolfen ihren Schwerpunkt. Bundesumweltminister Norbert Röttgen (CDU) will dort an diesem Mittwoch die Firmen Q-Cells und Sovello besuchen. Im Vorfeld der vom Bund geplanten Solarkürzungen hatte es Proteste am Standort gegeben. Bundesrat und Bundestag müssen den ausgehandelten Kompromiss noch bestätigen. Das soll in dieser Woche passieren.

16:07

© 2010 Financial Times Deutschland